



Nr. 154/S. 1285 Bonn, den 16. Dezember 1986

Bulletin

Ministertagung des Nordatlantikrates

Vom 11. bis 12. Dezember 1986 in Brüssel

Kommuniqué

Der Nordatlantikrat trat am 11. und 12. Dezember 1986 in Brüssel zu einer Ministertagung zusammen. Die Minister kamen wie folgt überein:

1.

Die Sicherung des Friedens in Freiheit bleibt unser grundlegendes Ziel: jede Art von Krieg, nuklear oder konventionell, muß verhindert werden. In der Überzeugung, daß die Sicherheit unseres Bündnisses unteilbar ist, werden wir uns auch weiterhin in allen unsere gemeinsame Sicherheit betreffenden Fragen eingehend konsultieren.

2.

Wir werden fortfahren, alle Möglichkeiten für einen breitengelegten und konstruktiven Dialog auszuschöpfen, der sich mit den Sorgen der Menschen in Ost und West befaßt. Wir bekräftigen erneut unser Bekenntnis zu einem auf mehr Zusammenarbeit gerichteten West-Ost-Verhältnis einschließlich des politischen Dialogs, wirtschaftlicher Beziehungen und des Kulturaustauschs, an denen sich alle Staaten zu gleichen Bedingungen beteiligen. Die Achtung der Menschenrechte und die Förderung der menschlichen Kontakte bleiben wesentlich.

Kürzliche hochrangige Treffen, besonders das zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Reykjavik, stellen wichtige Meilensteine in den West-Ost-Beziehungen dar.

3.

Die Bündnisstrategie der Abschreckung auf der Grundlage einer ausreichenden konventionellen und nuklearen Verteidigung hat sich bei der Erhaltung des Friedens und unserer Fähigkeit, Einschüchterungsversuchen zu widerstehen, bewährt. Sie bleibt uneingeschränkt gültig. Die anhaltende Verstärkung der sowjetischen Streitkräfte unterstreicht, daß die Aufrechterhaltung dieses wirksamen Spektrums der Abschreckungsfähigkeiten eine entscheidende Priorität des Bündnisses bleiben muß.

4.

Rüstungskontrolle und Abrüstung sind integraler Bestandteil unserer Sicherheitspolitik. Wir bekennen uns unverändert zu dem Streben nach ausgewogenen Abkommen mit dem Ziel, Stabilität auf niedrigerem Niveau der Streitkräfte und Bewaffnung zu stärken. Sie müssen die Sicherheit in Europa erhöhen und dürfen die Koppelung zwischen den

europäischen und den nordamerikanischen Bündnispartnern nicht schwächen. Eine wirksame Verifizierung ist eine wesentliche Voraussetzung für alle derartigen Abkommen. Echte Fortschritte bei der Rüstungskontrolle können nur erzielt werden, wenn ein stabiles Gesamtgleichgewicht jederzeit gesichert ist.

5.

Nach dem Reykjaviker Treffen unterstützen wir die Vereinigten Staaten in ihrem Streben nach gleichgewichtigen, ausgewogenen und wirksam nachprüfaren Rüstungskontrollvereinbarungen mit der Sowjetunion. Wir sind uns darin einig, daß anstelle der bloßen Festschreibung der bestehenden Rüstungsstärken die in Genf zu vereinbarenden Abkommen darauf abgestellt sein sollten, substantielle Reduzierungen offensiver Nuklearsysteme auf eine Weise zu erzielen, die Frieden und Stabilität stärkt. Wir begrüßen daher die in Reykjavik erzielten Fortschritte in Richtung auf eine fünfzigprozentige Verminderung der amerikanischen und sowjetischen strategischen Offensivkräfte und in Richtung auf eine Einigung über INF größerer Reichweite. Wir unterstützen uneingeschränkt die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, auf dieser Grundlage vorrangig detaillierte Abkommen auszuhandeln, und fordern die Sowjetunion auf, sich diesem Bemühen in Genf anzuschließen.

Möglichkeiten für Fortschritte auf bestimmten Gebieten, insbesondere bei den LRINF-Verhandlungen, dürfen nicht Geisel für Vereinbarungen auf anderen, damit nicht zusammenhängenden Gebieten sein. Sollte die Sowjetunion hierauf bestehen, würde sie Zusicherungen widersprechen, die sie auf höchster Ebene abgegeben hat.

Auf der Grundlage des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979 über die LRINF-Modernisierung und Rüstungskontrolle unterstützen die betroffenen Verbündeten in vollem Umfang die angestrebte Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen bodengestützten LRINF in Europa und die Begrenzung auf 100 Sprengköpfe in Asien und den USA, während ihr endgültiges Ziel die völlige Beseitigung aller derartigen LRINF bleibt.

Sie betonen, daß ein INF-Abkommen die bestehenden Ungleichgewichte bei amerikanischen und sowjetischen INF

Inhalt

Ministertagung des Nordatlantikrates

Kommuniqué 1285

Brüsseler Erklärung
über konventionelle Rüstungskontrolle 1287

Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung
in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1986 1288

kürzerer Reichweite nicht außer acht lassen darf und eine Verpflichtung, über diese Raketen weiterzuverhandeln, enthalten muß.

Wir befaßten uns ferner mit den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf über Verteidigungs- und Weltraumsysteme, die zum Ziel haben, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und die strategische Stabilität zu stärken. Wir unterstützen diese Bemühungen nachdrücklich.

In allen Fällen wäre eine wirksame Verifizierung eine wesentliche Voraussetzung. Wir werden alle diese Fragen auch weiterhin bewerten und uns darüber in den zuständigen Bündnisgremien eingehend beraten.¹⁾

6.

Nuklearwaffen können nicht isoliert behandelt werden. Wir suchen auch Fortschritte auf anderen Gebieten der Rüstungskontrolle, insbesondere deshalb, weil bei Reduzierungen von Nuklearwaffen der Beseitigung konventioneller Ungleichgewichte und der Abschaffung chemischer Waffen erhöhte Bedeutung zukommen wird. Eine wirksame Lösung dieser Probleme ist ein wesentliches Erfordernis für echte und dauerhafte Stabilität und Sicherheit in Europa.

7.

Auf unserer letzten Tagung in Halifax betonten wir die Bedeutung, die wir der konventionellen Rüstungskontrolle beimessen, und beschlossen, alle relevanten Fragen in einer hochrangigen Gruppe zu erörtern. Wir haben den ersten Bericht dieser Gruppe gebilligt und haben darüber hinaus die Brüsseler Erklärung über die konventionelle Rüstungskontrolle verabschiedet (s. S. 1287).

8.

Diejenigen von uns, die sich an MBFR beteiligen, bekräftigen ihre Entschlossenheit, möglichst bald ein substantielles und verifizierbares Abkommen zu erreichen, und appellieren an den Osten, auf die westliche Initiative vom 5. Dezember 1985 konstruktiv zu antworten. Dies würde unserer Auffassung nach einen bedeutsamen Beitrag zur Aufnahme anderer Verhandlungen leisten, die sich diesmal auf ganz Europa erstrecken.²⁾

9.

Die fortwährende Vergrößerung des sowjetischen Bestands an chemischen Waffen sowie Verbreitung und Einsatz dieser Waffen sind Anlaß zu großer Sorge. Auf der Genfer Abrüstungskonferenz streben wir ein Abkommen an, das unserem Ziel des allgemeinen, vollständigen und nachprüfaren Verbots chemischer Waffen und der Vernichtung aller vorhandenen Bestände entspricht. Wenn die Sowjetunion bereit ist, zu allen Aspekten eines wirksamen Verifizierungssystems eine konstruktive Haltung einzunehmen, ist ein solches Abkommen in Reichweite. Wir appellieren an die Sowjetunion, sich uns bei der Überwindung der noch bestehenden Hindernisse anzuschließen.

10.

Das Wiener KSZE-Folgetreffen ist für die Förderung stabiler und konstruktiver West-Ost-Beziehungen und die nachhaltige, langfristige Verbesserung des Verhältnisses zwischen

allen Teilnehmerstaaten von großer Bedeutung. Wir bedauern, daß Warschauer-Pakt-Staaten die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen mangelhaft erfüllen, insbesondere im Bereich der Menschenrechte und der menschlichen Kontakte. Wir werden auch künftig auf der uneingeschränkten Durchführung aller im Laufe des KSZE-Prozesses erreichten Vereinbarungen bestehen.

Wir begrüßen die Ergebnisse der Stockholmer KVAE. Die dort vereinbarten Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen werden, wenn sie in vollem Umfang angewendet werden, größere Transparenz schaffen und zu mehr Vertrauen und Berechenbarkeit für die militärischen Aktivitäten in ganz Europa beitragen. Diese Maßnahmen stellen somit einen Fortschritt gegenüber der Schlußakte von Helsinki dar und demonstrieren die Richtigkeit des im Madrider Mandat festgelegten schrittweisen Vorgehens.

In Wien werden wir auf ein ausgewogenes und konstruktives Ergebnis und eine Stärkung des KSZE-Prozesses durch eine verbesserte Implementierungspraxis des Ostens und Fortschritte in allen drei Körben drängen.

11.

Wir respektieren die Souveränität und Unabhängigkeit aller Staaten. Wir werden wachsam bleiben und uns weiterhin über Ereignisse außerhalb des Vertragsgebiets beraten, die unsere gemeinsame Sicherheit gefährden könnten.

12.

Wir appellieren an die Sowjetunion, ihre nicht hinnehmbare militärische Besetzung Afghanistans, die demnächst ins achte Jahr geht, zu beenden. Die Staatengemeinschaft fordert den raschen und vollständigen Abzug sowjetischer Streitkräfte und eine politische Regelung, die Afghanistans Unabhängigkeit und Blockfreiheit wiederherstellt. Dies würde Voraussetzungen für die sichere und würdige Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat schaffen und die Selbstbestimmung Afghanistans ermöglichen.

13.

Wir verurteilen den Terrorismus nachdrücklich. Wir haben seine Bekämpfung verstärkt, in welcher Form auch immer er auftritt und woher er auch immer kommt. Wir fordern alle Staaten auf, ihre Anstrengungen zusammenzufassen, um diese Geißel zu besiegen.

14.

Die Aufrechterhaltung einer ruhigen Lage in und um Berlin einschließlich des unbehinderten Zugangs und der Erhaltung des Status der Stadt und ihrer inneren Sicherheit ist weiterhin von grundlegender Bedeutung für die West-Ost-Beziehungen. Das 750jährige Jubiläum Berlins wird Gelegenheit bieten, die gegenwärtige und geschichtliche Bedeutung der Stadt herauszustellen.

Die Bündnispartner unterstützen die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland, durch Dialog und Zusammenarbeit mit der DDR praktische Verbesserungen zum Wohl des deutschen Volkes, einschließlich der Berliner, zu erreichen und den Frieden in Europa zu stärken.

15.

Wir haben bei unseren Bemühungen zur Verbesserung der Rüstungszusammenarbeit unter allen Bündnispartnern ermutigende Fortschritte festgestellt. Wir werden diese Bemühungen aktiv fortsetzen. Die kürzlichen von der IEPG geleisteten Arbeiten stellen einen bedeutenden Beitrag zum transatlantischen Dialog auf diesem Gebiet dar.

¹⁾ Griechenland erinnert an seine Haltung zu nuklearen Angelegenheiten und Fragen betreffend Weltraumsysteme, wie sie auf früheren NATO-Ministertagungen zum Ausdruck gebracht worden ist.

²⁾ Unter Hinweis auf seine Haltung zu den MBFR-Verhandlungen hat Frankreich zu diesem Satz einen Vorbehalt eingelegt.

16.

Im Geiste dieses Artikels 2 des Nordatlantikvertrags bekräftigen wir die Bedeutung der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung innerhalb des Bündnisses, einschließlich des Programms Wissenschaft für die Stabilität. Wir betonen ebenfalls die Notwendigkeit der Verbesserung der rüstungsindustriellen Zusammenarbeit, insbesondere zu dem Zweck, Griechenland, Portugal und der Türkei die Modernisierung ihrer Rüstungsindustrien zu ermöglichen.

17.

Vor dreißig Jahren legten die Außenminister Kanadas, Italiens und Norwegens dem Nordatlantikrat einen Bericht vor, in dem zu verstärkten politischen Konsultationen, zur Verbesserung und Ausweitung der Zusammenarbeit und zur Entwicklung größerer Einheit und Solidarität innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft aufgerufen wurde. Wir würdigen in diesem Jahr die Tätigkeit des Dreier-Ausschusses und erkennen die fortgeltende Gültigkeit dieser Grundsätze an.

18.

Die Ministertagung des Nordatlantikrats im Frühjahr 1987 wird im Juni in Reykjavik stattfinden.

Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle

1. In Halifax haben wir als Ziel vereinbart, Stabilität und Sicherheit in ganz Europa durch mehr Offenheit und die Herstellung eines nachprüfbaren, umfassenden und stabilen Gleichgewichts konventioneller Streitkräfte auf niedrigerem Niveau zu stärken. Zur Verwirklichung dieses Zieles haben wir eine hochrangige Arbeitsgruppe eingesetzt; heute haben wir ihren ersten Bericht geprüft. Wir haben sie angewiesen, ihre Arbeit fortzusetzen und dem Rat weiterhin regelmäßig zu berichten.

2. Rüstungskontrolle muß die Sicherheit in Europa stärken und nicht verringern. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, eine wirksame und glaubwürdige Abschreckungsstrategie aufrechtzuerhalten. Unsere Haltung in der Frage der Rüstungskontrolle wird deshalb der Notwendigkeit, in jeder Phase des Verhandlungsprozesses unsere Fähigkeit zur Durchführung von Bündnis und nationalen Strategien zu erhalten, weiterhin Rechnung tragen.

3. Bei gleichzeitiger Gewährleistung einer wirksamen Abschreckung sowohl durch nukleare als auch konventionelle Streitkräfte streben wir die Schaffung eines stabilen Kräfteverhältnisses konventioneller Streitkräfte in Europa an. Reduzierungen von Kernwaffen, die Gegenstand der Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Genf sind, würden die Bedeutung der Beseitigung konventioneller Ungleichgewichte erhöhen.

4. Wir sind daher bereit, in Ost-West-Gespräche über die Ausarbeitung eines neuen Mandats für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural einzutreten.

5. Sollen derartige Verhandlungen erfolgreich sein, dann müssen die für die derzeitige Situation maßgebenden Fakten anerkannt werden und muß ein gemeinsames Verständnis der Philosophie, der Ziele und der Methoden vorhanden sein.

Die Fakten

6. Erklärungen von östlichen Sprechern erwecken manchmal den Eindruck, als ob die gegenwärtige militärische Lage

in Europa stabil und ausgewogen sei. Dies trifft nicht zu. Sie ist im Gegenteil von Asymmetrien und Unausgewogenheiten gekennzeichnet, die von Region zu Region unterschiedlich sind, sich jedoch auf die Sicherheit des Westens negativ auswirken und eine Quelle möglicher Instabilität darstellen. Zu den relevanten Faktoren gehören unter anderem:

- die Bewaffnung, Art der Ausrüstung, Dislozierung, Zahl, Mobilität und Einsatzbereitschaft der betreffenden Streitkräfte;
- Informationen, Berechenbarkeit und Vertrauen darauf;
- geographische Erwägungen.

Die Philosophie

7. Die Aufgabe von Streitkräften sollte nur darin bestehen, Kriege zu verhindern und die Selbstverteidigung sicherzustellen, sie sollten nicht dazu da sein, um Aggressionen zu begehen und als Mittel der politischen oder militärischen Einschüchterung zu dienen.

Die Ziele

8. Die Ziele sollten sein:

- Die Herstellung eines stabilen und gesicherten Streitkräfteniveaus, das darauf gerichtet ist, Ungleichgewichte zu beseitigen;
- ein stufenweiser Verhandlungsprozeß, der die unverminderte Sicherheit aller Betroffenen in jeder Phase gewährleistet;
- Schwerpunkt auf der Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen oder zur Einleitung von raumgreifend angelegten Offensiven;
- weitere Maßnahmen zur Vertrauensbildung und zur Verbesserung der Offenheit und Berechenbarkeit hinsichtlich des militärischen Verhaltens;
- die Anwendung solcher Maßnahmen auf ganz Europa, und zwar so, daß regionalen Ungleichgewichten Rechnung getragen wird und diese möglichst beseitigt und Umgehungen ausgeschlossen werden;
- eine wirksame Verifikationsregelung (bei der ein detaillierter Informationsaustausch sowie Vor-Ort-Inspektionen eine entscheidende Rolle spielen werden), um zu gewährleisten, daß die Bestimmungen einer etwaigen Übereinkunft eingehalten und die Begrenzungen der Streitkräftepotentiale nicht überschritten werden.

Die Methoden

9. Wir schlagen folgende gesonderte Verhandlungen vor:

- Verhandlungen, die auf den Ergebnissen der Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa aufbauen und diese erweitern;
- Verhandlungen zur Beseitigung bestehender Ungleichgewichte vom Atlantik bis zum Ural und zur Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau zwischen den Ländern, deren Streitkräfte den unmittelbarsten Einfluß auf das grundlegende Sicherheitsverhältnis in Europa haben, nämlich den Staaten des Nordatlantischen Bündnisses und des Warschauer Paktes.

10. Aus diesem Grund sind wir bereit, in Erörterungen einzutreten über die Stärkung konventioneller Stabilität in ganz Europa im Lichte der obigen Erwägungen.